

Ceylon unter der Regierung Bandaranaike

Autor(en): **Brügel, J.W.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **50 (1971)**

Heft 6

PDF erstellt am: **08.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-338387>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

könnte, in eine neuerliche Kommunistenjäger-Psychose hineinsteigert. Und diese Woge zöge dann sicherlich einen konservativen rechtsradikalen Trend im Kielwasser mit sich. Und das nicht nur in den USA.

PS: Als Deutsche, die in die Hitlerzeit hineingeboren wurde und sich der sozialdemokratischen Haltung in dieser Zeit wegen im Alter von 18 Jahren der SPD anschloss, möchte die Verfasserin der Gerechtigkeit wegen eine Frage an Mr. Richard M. Nixon stellen: Wie vereinbaren Sie im Zusammenhang mit Ihrer Intervention im Falle Calley die Fortdauer der Haft von Rudolf Hess mit Ihrem Gewissen?

Dr. J. W. Brügel (London)

Ceylon unter der Regierung Bandaranaike

Wenn man aus Indien nach Ceylon kommt, spürt man sofort, dass das Lebensniveau auf der von 12 Millionen Menschen bewohnten Insel – obwohl nach europäischen Begriffen noch sehr niedrig – wesentlich höher ist als in Indien; vor allem schläft kaum jemand auf der Strasse, auch wenn die Wohnverhältnisse nicht viel günstiger sein mögen als in Indien.

Der Wahlsieg von 1970

Ceylon wurde gleichzeitig mit Indien 1948 selbständig, ohne dass es dazu wie im Falle Indiens einen jahrzehntelangen und opferreichen Kampf erfordert hätte. Aber zum Unterschied von Indien wurde bisher nicht die Republik ausgerufen, sondern stillschweigend die englische Königin als zumindest formales Staatsoberhaupt belassen. Praktisch hat das eine sehr geringe Bedeutung. Repräsentant der Königin ist ein Generalgouverneur, der ein Ceylonese ist und eine rein dekorative Funktion ausübt, auch wenn er in einem wunderbaren und schwer bewachten Palast im Herzen von Colombo residiert. Im Programm der gegenwärtigen Regierung *Bandaranaike* steht die Ausrufung der Republik, die dem bisherigen Zustand ein Ende bereiten soll. Die Republik würde, so wie die ungezählten anderen Republiken, auch weiterhin die Königin als Oberhaupt des Commonwealth anerkennen, aber der eigentliche Repräsentant der staatlichen Macht in Ceylon ist immer der jeweilige Regierungschef, dessen Bild in allen Ämtern, auf allen Eisenbahnstationen und in den Flughäfen zu sehen ist. Wenn man von kurzen Zeitspannen absieht, war die bisherige Periode der ceylonesischen Unabhängigkeit charakterisiert durch einen Kampf zwischen einer mehr rechts gerichteten, durch den Namen *Sena-*

nayake (erst Vater, dann Sohn) bezeichneten Gruppierung und der durch den Namen *Bandaranaike* (erst Salomon Bandaranaike und dann seine Witwe Sirimawo Dias) gekennzeichneten. Diese beiden Gruppierungen lösten sich in der Regierung des Landes wiederholt ab, und ein solcher Wechsel hat für europäische Beobachter ziemlich merkwürdige Folgen. Als Frau Bandaranaike im Mai 1970 wieder zur Macht kam, liess sie Briefmarken mit dem Bild des ersten Premierministers von Ceylon, Senanayake senior, im Millionenwert aus dem Verkehr ziehen und sie durch Marken ersetzen, die das Bild ihres 1959 von einem buddhistischen Mönch ermordeten Gatten zeigen. Die Wahlen des Jahres 1970 endeten mit einem grossen Sieg der drei Parteien, die sich zu einem Block zusammengeschlossen hatten, der mit einem festen Programm vor die Wähler getreten war. Die sogenannte Equal Society Party (Gleichheitspartei), die im allgemeinen als trotzkistisch bezeichnet wird, und die moskautreue Kommunistische Partei sind mit 19 beziehungsweise sechs Mandaten nur Anhängsel der von Frau Bandaranaike geführten Sri Lanka Freedom Party (Ceylonische Freiheitspartei), die mit 91 Mandaten die weitaus stärkste ist. Senanayakes Vereinigte Nationalpartei, die früher den Regierungschef gestellt hatte, konnte sich von 66 nur 17 Sitze bewahren. Dass moskaugläubige Kommunisten mit Trotzkisten in einer Regierung sitzen, ist für europäische Verhältnisse undenkbar, da nach der Moskauer Phrasologie die Trotzkisten eine Art faschistischer Todfeind des Kommunismus sind; aber in den primitiveren Verhältnissen in Ceylon sind die Dinge einigermaßen anders. Die sogenannten Trotzkisten in Ceylon sind bürgerliche Intellektuelle, die eine Art radikaleren Sozialismus predigen, aber sie haben keinerlei Verbindung mit trotzkistisch orientierten Organisationen in anderen Ländern, während die ceylonesischen Kommunisten in ihrer Moskauhörigkeit nicht verabsäumt haben, 1968 die Besetzung der Tschechoslowakei zu billigen. Die Sri Lanka Freedom Party gilt in Ceylon als eine Linkspartei und ist es auch sicher im Verhältnis zu ihrer wichtigsten Gegenspielerin, der Vereinigten Nationalpartei, aber europäische Beobachter, die im Lande leben, bezeichnen sie als eine eher rechtsgerichtete bürgerliche Partei, in deren Reihen freilich eine ganze Anzahl von sozialistisch orientierten Intellektuellen steht. Der von Frau Bandaranaike geführte Block der drei Parteien, die jetzt die Regierung bilden, hat die Wahlen vor allem mit dem Versprechen gewonnen, die Reisration, die jeder Bewohner der Insel kostenlos erhält, zu verdoppeln. Sie hatte schon früher einmal das doppelte Ausmass gehabt, doch war die Hälfte von der Regierung Senanayake gestrichen worden. Ein solches Versprechen hat in einem Land wie Ceylon eine grosse Wirkung und hat sicherlich sehr wesentlich zu dem Wahlsieg beigetragen. Aber nachher stellte sich heraus, dass die Einhaltung dieses Versprechens – da die eigene Reisproduktion des Landes nicht ausreicht und Reis aus China eingeführt werden muss – zu teuer käme.

Konzessionen an die Kommunisten

Andere Punkte des gemeinsamen Programms der jetzigen Regierungspartei sind erfüllt worden, aber fast nur die, welche Konzessionen an die Kommunisten darstellen: Anerkennung der DDR und sogar des sogenannten Südvietnamesischen Befreiungskomitees als der legalen Regierung in Südvietnam und Abbruch der Beziehungen zu Israel. Als wir einem Regierungsfunktionär die Frage vorlegten, warum die Beziehungen zu Israel im Juni 1970 abgebrochen worden sind, gab er zunächst als einzige Antwort das Wort «Aggression». Auf die weitere Frage, welche Art von Aggression sich im Juni 1970 ereignet haben sollte, meinte er, Israel habe die Resolution des Sicherheitsrates vom November 1967 ignoriert. Als wir weiter wissen wollten, warum dann Ceylon nicht die Beziehungen zu den arabischen Staaten abgebrochen habe, die diese Resolution des Sicherheitsrates missachteten, blieb er die Antwort schuldig. Die nicht sehr radikalen Nationalisierungsvorschläge im Regierungsprogramm wurden bisher nicht durchgeführt. Sie sehen nur eine Verstaatlichung der Banken und ein Staatsmonopol des Tee-Exportes vor. Tee ist das wichtigste Ausfuhrprodukt des Landes.

Singhalesen gegen Tamilen

Abgesehen von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten eines Entwicklungslandes, das aus West und Ost viel Entwicklungshilfe bezieht, ist das schwerste Problem Ceylons die Regelung der Beziehungen zwischen der aus Singhalesen bestehenden Bevölkerungsmehrheit und der Minderheit der Tamilen, die etwa drei Millionen Menschen umfasst. Die gesamte Bevölkerung von Ceylon stammt von Einwanderern ab, die aus Indien kamen. Zuerst kamen die Singhalesen, dann die Tamilen und schliesslich vor zwei oder drei Generationen ein weiterer Schub von Tamilen, die von den englischen Kolonialherren als «indentured labour» (kontraktlich zu einer bestimmten Arbeit verpflichtet) hereingebracht worden waren. Bis 1948 wurden beide Kategorien von Tamilen gleich behandelt und als ceylonische Staatsbürger betrachtet. Um die tamilische Minderheit zu schwächen, machte man aber nach 1948 die Nachkommen der von den Engländern ins Land gebrachten Tamilen staatenlos und bedeutete ihnen, sie würden nach Indien – ein Land, das diese Generation nie gesehen hatte – zurückgebracht werden. Indien weigerte sich, diese Menschen, die keinerlei Beziehung zum Land hatten, aufzunehmen, und so konnten diese Tamilen, die ungefähr eine Million Menschen ausmachen, wenn auch ihrer staatsbürgerlichen Rechte beraubt und mit einer ungewissen Zukunft, im Lande verbleiben. Die Situation änderte sich, als die Regierung Senanayake, die einen milderen singhalesischen Nationalismus predigte, von der Regierung Bandaranaike abgelöst wurde. Da der hauptsächlichste Wesenszug der Sri Lanka Freedom Party ihr ausgeprägter singhalesischer Nationalismus ist, drängte sie auf die «Rückführung» die-

ser Tamilen nach Indien. 1964 gelang es Frau Bandaranaike, nach langen Verhandlungen mit dem damaligen indischen Regierungschef Shastri zu einem Übereinkommen zu kommen, demzufolge sich Indien bereit erklärte, 300 000 dieser Menschen aufzunehmen, wogegen dem Rest die ceylonesishe Staatsbürgerschaft zurückgegeben werden sollte. Seither ist – zwischen 1965 und 1970 hat es wieder eine Regierung Senanayake gegeben – in der Sache weiter nichts geschehen. Die fraglichen Menschen sind sich über ihre Zukunft völlig im ungewissen, verhältnismässig wenige von ihnen haben sich «freiwillig» zum Abtransport nach Indien gemeldet, die grosse Mehrheit unter ihnen wünscht, als gleichberechtigte Bürger in Ceylon zu bleiben. Als die Regierung Bandaranaike 1970 wieder ans Ruder kam, rechnete man mit einem entscheidenden Schritt in dieser Angelegenheit, der aber bisher nicht erfolgt ist. Die Ungewissheit hält weiter an. Der dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften in Brüssel angeschlossene Ceylonesische Gewerkschaftsbund, von dessen 350 000 Mitgliedern etwa 300 000 Tamilen sind, kämpft einen verzweifelten Kampf für die Rechte auch jener Tamilen, die man bis jetzt nicht als Bürger Ceylons anerkannt hat und gegebenenfalls nach Indien abtransportieren will. Er hat in diesem Kampf die Unterstützung der Asiatischen Regional Organization des IBFG gefunden, der im September 1970 an die ceylonesische Regierung appellierte, sie möge den gegenwärtigen Zustand, der im Gegensatz zu den Grundsätzen von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit stehe, zugunsten von staatsbürgerlichen Rechten der bisher staatenlosen Tamilen beenden. Dieser Appell wurde bisher nicht nur nicht beherzigt, sondern die Regierung hat sich auf ein Druckmittel besonnen, die Tamilen zur Auswanderung zu bewegen. Arbeitnehmer, die nicht die ceylonesische Staatsbürgerschaft haben, müssen Gebühren für eine Arbeitsbewilligung bezahlen. Diese Verfügung der Regierung in Colombo hat zu einem neuerlichen Konflikt mit Indien geführt. Dabei ist die Situation so, dass ein höherer Prozentsatz an Tamilen als an Singhalesen als Lohnarbeiter tätig ist, dass die Teeplantagen meist tamilische Arbeiter haben und dass die freiwillige oder gezwungene Abwanderung einer grösseren Anzahl von ihnen für das Land eine wirtschaftliche Katastrophe wäre. Aber wann hätte je ein aggressiver Nationalismus auf solche Bedenken Rücksicht genommen!

Auch die Tamilen, deren Staatsbürgerschaft nicht in Frage steht, fühlen sich in Ceylon diskriminiert. Auf unseren Einwand, dass ihre sprachlichen und sonstigen Rechte doch durch die Verfassung festgelegt seien, sagte uns ein Repräsentant einer der beiden politischen Parteien, die ausschliesslich von Tamilen gebildet werden, dass das weitgehend nur auf dem Papier stehe und dass die verfassungsmässigen Garantien, wie zum Beispiel des Gebrauchs der tamilischen Sprache vor Ämtern usw., vielfach nicht beachtet werden. Freilich ist es nicht so, dass hier nationale Fronten einander starr gegenüberstehen. Trotz ihres ausgeprägten singha-

lesischen Nationalismus gibt es in der Sri Lanka Freedom Party auch tamilische Mitglieder, und eines davon ist auch Mitglied der Regierung. Er wird aber von den Tamilen nicht als Repräsentant ihres Volkes anerkannt. Weiter gehört der Regierung als Vertreter des Informationsministers der 38jährige Abgeordnete Abdul Majeed an, der sich im Gespräch mit uns als Tamile, Mohammedaner und Sozialist bezeichnete. Aber die Tamilen behaupten, er sei nur ein tamilisch sprechender Mohammedaner, der mit ihrem Volk nichts zu tun habe.

Die Sprecher der Regierung bezeichnen es als ihr Ziel, in Ceylon eine «multiracial society» (vielrassige Gesellschaft) aufzurichten, das heisst also eine Gesellschaftsordnung, die beiden im Lande lebenden Nationalitäten ein gleiches Mass an Gerechtigkeit zuteil werden liesse. Ausländische Beobachter behaupten aber, dass das wahre Ziel der singhalesischen Mehrheit die Absorbierung der Tamilen sei, deren Nationalcharakter man abtöten will. Welche Ansicht stimmt, wird erst die Zukunft erweisen, aber Tatsache ist, dass die Frage des Zusammenlebens von zwei Nationalitäten in einem Land auch auf alle Probleme abfärbt, die an sich rein sozial wären. So hat Frau Bandaranaike lange geschwankt, ob sie einem Programm der Geburtenbeschränkung, das angesichts der hohen Geburtenzahl unter der besitzlosen Bevölkerung für das Land grösste Wichtigkeit hätte, zustimmen und es fördern solle. Die Befürchtung war, dass die Singhalesen dieses Programm annehmen und durchführen würden, während die Tamilen es ignorieren und so ihre gegenwärtige Minderheitsposition verstärken könnten. Schliesslich entschloss sie sich, der Einleitung eines Geburtenbeschränkungsprogramms unter der Bedingung zuzustimmen, dass die gleiche Art von Propaganda, die den Singhalesen gegenüber angewendet wird, auch an die Tamilen herangetragen werde.

Das Land ohne Sonntag

Um den Forderungen der Buddhisten entgegenzukommen, die die stärkste Religionsgemeinschaft in Ceylon sind, hat die frühere Regierung den Sonntag beseitigt. Wir waren nicht wenig überrascht, als wir an einem Sonntagnachmittag in Colombo ankamen, das Parlament in vollem Betrieb zu finden, während in den Abendstunden die Menschen aus den Büros strömten. Als Ersatz für den Sonntag wurde ein Poya-Tag eingeführt, der aber einmal nach sieben und einmal nach acht Tagen gefeiert wird; wann es einen Poya-Tag gibt, wird allmonatlich verlautbart. Der Tag vorher spielt die Rolle des Samstags in anderen Ländern, an dem vielfach gar nicht oder nur am Vormittag gearbeitet wird. Der Poya-Tag und der ihm vorangehende Tag gelten als «Wochenende», und es mutet einen Ausländer seltsam an, wenn er am Montag gefragt wird, was für Pläne er fürs Wochenende habe. Die Katholiken beschwerten sich, dass diese Regelung es ihnen unmöglich macht, am Sonntag zur Messe zu gehen, und auch andere Bevölkerungsschichten sind von dieser Reform, auf die man bisher sonst nirgends in der Welt gekommen ist, nicht begeistert.

«Das kann bei uns nicht vorkommen»

Die Teilnahme von Trotzlisten und Kommunisten an der Regierung hat sich bisher nur in den aussenpolitischen Avancen nach der Moskauer Seite bemerkbar gemacht. Als wir einem Regierungsfunktionär schilderten, was die kommunistische Regierungsbeteiligung für Folgen haben kann, auch wenn ein Putsch zur kommunistischen Machtergreifung nicht in Frage kommt, als wir ihm erzählten, wie viele Jahre es gedauert hat, ehe die kommunistische Infiltration in den Jahren 1945–1947 von kommunistischen Regierungsmitgliedern in Frankreich verwalteten Ministerien ausgemerzt werden konnte, wurden wir ziemlich ungläubig angehört und erhielten die Klischee-Antwort: «Das kann bei uns nicht vorkommen.» Kommunisten und Trotzlisten (ob nun diese letztere Bezeichnung zu Recht besteht oder nicht) seien, so wurde uns versichert, an das gemeinsame Regierungsprogramm gebunden und könnten sich keine Extratouren leisten. Man kann nur hoffen, dass sich diese Annahme bewahrheiten wird und dass auch die Befürchtung, die Regierung Bandaranaike könnte die Pressefreiheit irgendwie beschränken, sich als unberechtigt erweisen wird. Eine ihrer Massnahmen, die Verweigerung von Devisen für Auslandsreisen privaten Charakters, geht noch über das in kommunistischen Ländern bestehende Ausmass hinaus. Dort werden den wenigen Menschen, denen man Auslandsreisen gestattet, zwar nur lächerliche Beträge, aber immerhin ein gewisses Taschengeld in Auslandsdevisen bewilligt; die angespannte Devisenlage Ceylons hat die Regierung Bandaranaike zu einer völligen Unterbindung der Devisenzuteilung gezwungen, was natürlich für 95 Prozent der Bevölkerung, die kaum je aus ihrem Dorf herausgekommen sind, keine Rolle spielt, aber von den Intellektuellen hart empfunden wird. Auch sonst geht es selbstverständlich in Ceylon nicht immer so zu wie in einer westlichen Demokratie. Es hat wiederholt blutige Aufstände gegeben, bei denen – unter einer gewissen Tolerierung der Regierung – viele Tamilen von singhalesischen Nationalisten getötet wurden. Als Ende 1970, um den Schwarzhandel zu unterbinden, ein Umtausch der Banknoten verfügt wurde, konnte diese Operation nur unter Ausrufung des Notstands und Einsetzung der ganzen Armee und Polizei durchgeführt werden. Zweifellos haben wir es in Ceylon mit einer manipulierten Demokratie zu tun, von der man nur sagen kann, dass Frau Bandaranaike sie sehr geschickt manipuliert. Trotzdem ist das Entscheidende, dass die ceylonesische Politik im Grunde ein Kampf zwischen zwei grossen Parteien ist und dass die eine Partei die andere im Wege von Parlamentswahlen wiederholt an der Macht abzulösen in der Lage war. Es handelt sich also doch, mit vielen Beschränkungen, um eine Demokratie, wie sie leider in Asien nur noch in Israel, Indien und Singapur angetroffen werden kann.